

einblick

Gewerkschaftlicher Info-Service — 14. Juli 2021

Wohnen muss **bezahlbar** sein

Wohnen wird in Deutschland langsam zum Luxus. In der Corona-Krise hat sich die Lage weiter verschärft, weil viele Beschäftigte durch Lockdown und Kurzarbeit weniger Geld in der Tasche hatten. Der DGB fordert einen sofortigen Mietestopp, um ihnen etwas Luft zu verschaffen.

› DIE AKTUELLE LAGE ‹

Die Mietpreisentwicklung kennt seit Jahren nur eine Richtung: steil nach oben. Bei vielen Mieter*innen sieht es im Portemonnaie nicht ganz so rosig aus. Im Gegenteil Die Corona-Krise hat hier bei vielen große Löcher gerissen. Die Folge: Die Wohnkosten verschlingen einen immer größeren Anteil am Haushaltseinkommen. In manchen Gegenden in Deutschland geht rund die Hälfte des Geldes für die Miete drauf.

Die Gründe: Einerseits werden zu wenige bezahlbare Wohnungen gebaut, gleichzeitig fallen viele Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung. Jeden Tag gehen so mehr als 100 bezahlbare Wohnungen verloren. Andererseits steigen die Preise für Bauland immer weiter an.

DER DGB FORDERT

- Fonds für kommunale Wohnungsunternehmen
- steuerliche Förderung dauerhaft bezahlbarer Wohnungen
- sozialen Wohnungsbau stärker fördern
- stärkere steuerliche Vorteile für Mietwohnungsneubau
- Kommunen fördern, um Grundstücke zu erwerben
- Bodenwertsteigerungen kommunal abschöpfen

› MIETENSTOPP JETZT! ‹

Der DGB fordert in einem breiten Bündnis mit Mieterverbänden, Mieterinitiativen und Sozialverbänden einen bundesweiten Mietestopp von sechs Jahren, um den Mieter*innen etwas Luft zu verschaffen. Ausgenommen vom Mietestopp sind Vermieter*innen, die weniger als 80 Prozent der ortsüblichen Miete verlangen und Neubauten. Ein Mietestopp alleine reicht jedoch nicht aus, um die wohnungspolitischen Probleme langfristig zu lösen. Der DGB hat Vorschläge vorgelegt, was wohnungspolitisch passieren muss.

› DIE POLITIK MUSS HANDELN ‹

Der DGB fordert von der nächsten Bundesregierung, dringend die rechtlichen Grundlagen für Gutes Wohnen zu schaffen. Kommunale Wohnungsunternehmen müssen gestärkt und Kommunen unterstützt werden, eigene Wohnungsgesellschaften zu gründen. Ebenfalls muss

es Kommunen ermöglicht werden, Grundstücke – und damit günstiges Bauland – zu erwerben. Der Gewinn aus Bodenwertsteigerungen – wenn zum Beispiel Ackerflächen zu Bauland werden – soll der öffentlichen Hand zugutekommen. Dafür muss der Bund den rechtlichen Rahmen schaffen.

Unternehmen, die ihre Wohnungen dauerhaft preisgebunden anbieten, sollten steuerlich gefördert werden. Bund und Länder müssen zusammen rund 7 Milliarden Euro im Jahr in die Hand nehmen, um den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Die nächste Bundesregierung muss schnell handeln, um gutes und bezahlbares Wohnen in Deutschland wieder flächendeckend zu ermöglichen.

🔍 AUF EINEN BLICK

■ Alle Infos zum Thema Wohnen im DGB-Wahlcheck auf:

www.dgb.de/bundestagswahl-2021/wahlcheck



„MIETEN STOPPI!“ – am Aktionstag am 19. Juni machten Gewerkschafter*innen bundesweit deutlich, was gegen steigende Wohnkosten hilft. Vor der Vonovia-Zentrale in Bochum und in über 90 Städten, unter anderem in Berlin, Leipzig, Frankfurt und Freiburg.